

Was viele Skeptiker von Anfang an befürchtet haben, ist am 19. Oktober dieses Jahres eingetreten: Der interfraktionelle Arbeitskreis Sondermüll hat sich nicht auf einen Standortvorschlag für eine Sondermüllverbrennungsanlage in Nordwürttemberg einigen können. Und das, obwohl sich die CDU vorher stark bewegt und von Umweltminister Erwin Vetter abgesetzt hatte! Zuerst verkündete die Mehrheitsfraktion, auch sie halte eine Halbierung des verbrennbaren Giftmülls bis zum Jahr 2000 für machbar. Und dann war der CDU-Abgeordnete Winfried Scheuermann in der entscheidenden Sitzung des interfraktionellen Arbeitskreises Sondermüll auch noch bereit, den Standortvorschlag Kehl für den ersten Giftmüllofen in Baden-Württemberg, an dem Umweltminister Vetter so zäh festhält, in Frage zu stellen. Sein Vorschlag: In Kehl läuft die Planung vorläufig weiter, aber wenn die Planfeststellung abgeschlossen ist, wird noch einmal überprüft, ob man nicht auf den umstrittenen Standort gegenüber von Straßburg verzichten und Ärger mit den französischen Nachbarn vermeiden kann.

Doch die Opposition wollte mehr. Sie verlangte am 19. Oktober den endgültigen Verzicht auf den Standortvorschlag Kehl. Mit Recht hob sie hervor, es mache wenig Sinn, einerseits der Halbierung des Giftmülls das Wort zu reden, aber andererseits an zwei Verbrennungsanlagen in Baden-Württemberg festzuhalten. In diesem Punkt sah sich denn auch der CDU-Abgeordnete Scheuermann zu einer etwas seltsamen Argumentation gezwungen. Er schrieb am 16. Oktober in einem Diskussionspapier: *Um eine gerechte Lastenverteilung im Land zu erreichen und*

*um die Transportwege geringer zu halten, sind zwei Standorte für Sondermüllverbrennungsanlagen notwendig.*

Da spürt man deutlich, daß die CDU ihren Umweltminister Vetter nicht allein im Regen stehen lassen will, denn der hält nun mal, wie gesagt, zäh am Standortvorschlag Kehl fest, und das führte letztlich dazu, daß die interfraktionelle Arbeitsgruppe Sondermüll sich eine «Denkpause» verordnet hat. Wahrscheinlich wird die beispielhafte und parteiübergreifende Arbeit in diesem Gremium nicht mehr fortgesetzt, so daß Umweltminister Vetter allein mit der Standortsuche fertig werden muß. Dabei kann er sich freilich auf beachtliche Zwischenergebnisse stützen, denn der Arbeitskreis Sondermüll hat sich einmütig auf zwei Standortvorschläge im Mittleren Neckarraum festgelegt: auf Böblingen-Dagersheim und auf Sindelfingen-Ost. Beide liegen vor der Haustür des größten baden-württembergischen Sondermüllproduzenten Mercedes-Benz.

Umweltminister Vetter wird auch kaum umhin können, die geplante Sondermüllabgabe zu verschärfen. Sein bisheriger Vorschlag geht dahin, pro Tonne 50 bis 150 Mark zu kassieren, je nach der Giftigkeit des Abfalls. Doch im interfraktionellen Arbeitskreis Sondermüll sprachen sich die Vertreter aller Parteien dafür aus, diese Belastung zu dynamisieren. Zum einen sollte die Sondermüllabgabe mit der Zeit immer stärker ansteigen, und zum anderen sollten die Unternehmen, die besonders viel Giftmüll abliefern, progressiv zur Kasse gebeten werden. Die Opposition will die geplanten Einnahmen von rund 30 Millionen Mark pro Jahr auf diese Weise verzehnfachen, die CDU legt sich nicht so konkret fest.

Aber schon bald wird auch sie Farbe bekennen müssen, denn das Gesetz über die Einführung einer Sondermüllabgabe in Baden-Württemberg soll noch in diesem Jahr im Landtag beraten werden. Ob es dann wirklich bereits am 1. Januar 1991 in Kraft tritt, wie Umweltminister Erwin Vetter plant, bleibt vorerst abzuwarten. Bisher freilich hat er im Kampf gegen die immer noch steigenden Giftmüllberge in Baden-Württemberg die selbst gesetzten Zeitvorgaben selten einhalten können.

---

Das Titelbild zeigt einen Rotrückigen Würger oder Neuntöter, einen selten gewordenen Vogel in unseren Breiten. Er braucht solche Refugien, wie der Füllmenbacher Hofberg im Stromberg eines ist. Dort stoßen Naturschutz und die Ansprüche des modernen Weinbaus aufeinander. Ein Konflikt ohne Ausweg? Näheres auf den Seiten 290ff.